

Ein soziales Bodenrecht und eine am Gemeinwohl orientierte Münchner Bodenpolitik für bezahlbaren Wohnraum

Die Stadtversammlung möge beschließen:

- 1 Wir, Bündnis 90/Die Grünen KV München, begrüßen und unterstützen die Münchner Initiative
- 2 für ein neues Bodenrecht (Anlage)
- 3 Die Bundesregierung wird aufgefordert eine Reform der Bodenwertbesteuerung über eine
- 4 Enquete-Kommission auf den Weg zu bringen, damit leistungslose Steigerungen des
- 5 Bodenwerts (über Freigrenzen hinaus) abgeschöpft und für Aufgaben der kommunalen und
- 6 regionalen Daseinsvorsorge zur Verfügung gestellt werden können.
- 7 Die Bundesregierung und der Bundestag werden zudem aufgefordert, bereits vor dem
- 8 Ergebnis der oben genannten Enquete-Kommission und einer grundlegenden Bodenrechts-
- 9 Reform, die heute geltende Steuerfreiheit bei Verkauf einer erworbenen, nicht zu eigenen
- 10 Wohnzwecken genutzte Immobilien (ETW, Häuser, Gebäudeteile, Grundstücke etc.) - mit samt
- 11 dem Bodenwertzuwachs - nach einer Spekulationsfrist für Private von nur 10 Jahren,
- 12 abzuschaffen.
- 13 Die Stadt München wird aufgefordert, ab sofort eine noch aktivere, am Gemeinwohl
- 14 orientierte Bodenpolitik zu betreiben. Für jetzige und künftige Aufgaben der Daseinsvorsorge
- 15 soll sie ihren Grundstücksbesitz halten und durch eine kluge Bodenvorratspolitik stetig
- 16 vermehren. Der viel zu lange vollzogene Verkauf des Tafelsilbers zur Haushaltssanierung wird
- 17 komplett eingestellt.
- 18 Der Bundestag und die bayerische Landtag werden aufgefordert mittels einer
- 19 Gesetzesinitiative zu beschließen, dass die vom Bund und vom Land nicht mehr benötigten
- 20 Grundstücke gemeinwohlorientiert eingesetzt und nicht mehr zum Höchstgebot wirtschaftlich
- 21 verwertet werden dürfen.
- 22 Die Stadt München, der Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland werden
- 23 außerdem aufgefordert, öffentlichen Grundbesitz dauerhaft im öffentlichen Eigentum zu
- 24 belassen und Dritten nur im Erbbaurecht zur Nutzung zu überlassen.

Begründung

Der Boden ist kein Gut wie jedes andere. Vergleichbar Wasser und Luft ist er unverzichtbar für das menschliche Dasein. Boden ist zugleich unvermehrbar. Daher verbietet es sich, Boden dem freien Marktgeschehen zu überlassen. Unsere Verfassung betont die Gemeinwohlbindung des Eigentums. Beim Boden ist dem in besonderer Weise Rechnung zu tragen.

Das beschleunigte Wachstum Münchens und vieler anderer Stadtregionen in Deutschland führt zur dramatischen Verknappung und Verteuerung von Wohnraum und Bauland. Die Bodenspekulation wird dadurch weiter angeheizt. Städtische Immobilienmärkte sind zum Tummelplatz nationaler und internationaler Investoren jeder Couleur geworden. In München haben sich die Bodenpreise für den Wohnungsbau in den letzten 10 Jahren verdreifacht. Eigentumswohnungen sind für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich geworden, ein wachsender Teil der Haushalte kann sich am freien Markt auch nicht mehr mit bezahlbaren Mietwohnungen versorgen. Leistungslose, also nicht auf eigenen Anstrengungen

beruhende Gewinne aus Grundstücks- und Immobiliengeschäften werden hingegen weiterhin von einer kleinen Minderheit privatisiert.

Der entfesselte Bodenmarkt entfaltet eine zersetzende Wirkung auf den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Ganze Stadtteile (und zunehmend auch Umlandgemeinden) unterliegen der „Aufwertung“, die Verdrängungsprozesse der angestammten Wohnbevölkerung und des kleinteiligen Gewerbes zur Folge haben. Die sozialen Folgekosten werden auf die Allgemeinheit abgewälzt. So reduzieren renditegetriebene Investoren ständig das Angebot an bezahlbaren Wohnungen und verstärken damit zugleich den Druck auf die Kommunen, mit Steuergeldern preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Denn die davongaloppierenden Mieten zwingen immer mehr Menschen sich um eine öffentlich geförderte Wohnung zu bewerben. Angesichts des Wachstums der Städte mit all seinen Facetten und Herausforderungen wird die Bodenpolitik zum Dreh- und Angelpunkt einer sozial gerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung (...)

Dieser Antrag wird gestellt von

Bernd Schreyer, OV Haidhausen-Au
Bernadette Julia Felsch, OV Schwabing
Benjamin David, OV Zentral
Josef Högl, OV Giesing/Harlaching
Margarete Bause, OV Schwabing